

Diplomaten

Käsch op de Tisch

Das Telefon ist tot, die Heizung kalt – viele afrikanische Botschaften haben hohe Schulden. Diplomaten können ihre Miete nicht bezahlen.

Als erstes verkaufte sie ihren Schmuck. Ein Jahr lang konnte die somalische Botschaftsangehörige Ruqia Ali Hosh damit sich und ihre Familie über Wasser halten. Doch der Bürgerkrieg in Somalia hielt an – und das Gehalt aus der Heimat blieb aus.

Die Frau beantragte Sozialhilfe bei der Stadt Bonn. Die lehnte den Antrag ab und verwies auf den Diplomaten-Status von Ruqia Ali Hosh.

Die Somalierin klagte, das Verwaltungsgericht Köln gab ihr recht. Die Stadt mußte zahlen. Das Bonner Sozialamt rief daraufhin das Bundesverwaltungsgericht in Berlin an. Ende des Monats entscheiden die Oberrichter in letzter Instanz.

Das Urteil könnte eine Lawine lostreten. Denn wie Hosh ergeht es zahlreichen Botschaftsangehörigen in Bonn. Vor allem Vertretungen aus Schwarzafrika können ihr Personal oftmals nicht mehr bezahlen.

Die Botschaft von Kongo ist nicht einmal mehr über Telefon erreichbar – die Telekom hat ihre Anschlüsse abgeklemmt. In der somalischen Residenz hält nur ein Diplomat die Stellung. Im



Botschaft Kongs in Bonn, Dienst-Mercedes: Wie ein Geisterhaus

Treppenhaus steht Wasser, es riecht modrig, der rote Teppich ist schmutzig.

In der Villa der Republik Kongo sieht es nicht besser aus. Von den Wänden platzt der Putz, die Heizung ist abgestellt. Die Pförtnerstube ist verlassen, die meisten Zimmer stehen leer – ein Geisterhaus. Vor der Tür parkt der schwarze Botschafts-Mercedes, ohne Nummernschilder.

Diplomaten aus Afrika sind im Auslandseinsatz einiges gewohnt. In Polen nächtigte vor einem Jahr Zaires dienstältester Gesandter obdachlos im Warschauer Bahnhof, in Italien wurden drei Diplomaten aus dem afrikanischen Land sogar wegen Landstreicherei verhaftet.

Auch in Deutschland reicht das Gehalt der Botschaftsangestellten aus Zaire nicht mehr für die Miete eines Privatquartiers: Fünf der sechs Diplomaten hausen inzwischen in ihrer Botschaft, nachdem 1993 das Auswärtige Amt zwei Botschaftsangehörige wegen hoher Mietschulden ausgewiesen hat.

Das Elend der Diplomaten rührt nicht von laxer Zahlungsmoral. Die Afrikaner können ihre Repräsentanten aus Mangel an Devisen nicht mehr standesgemäß entlohnen, seit die Preise für Rohstoffe, die wichtigste Einnahmequelle der meisten schwarzafrikanischen Staaten, auf dem Weltmarkt stetig verfallen.

Über sieben Millionen Mark Schulden

haben afrikanische Botschaften in der Bundesrepublik. Den Schaden tragen nicht nur Vermieter, sondern auch Handwerker und Händler. Vor Gericht kommen sie nicht zu ihrem Recht – nach dem Wiener Übereinkommen von 1961 genießen Diplomaten Immunität.

Manche Vertretungen nutzen das aus: Wer einmal ein Gerät geliefert hat, bekommt es selten zurück, egal ob bezahlt oder nicht. „Da kommen wir nicht rein, das ist ausländisches Gebiet“, klagt der Inkasso-Chef einer Telefonfirma. In den vergangenen Jahren mußte er viele Anlagen, etwa für Sambia und Kamerun, als Verlust abschreiben.

Andere ordern fleißig weiter wie die Abgesandten des zentralafrikanischen Staates Kamerun. „Da fahren die im Mercedes vor, bestellen großkotzig, und dann zahlen sie nicht“, schimpft Werner Blumenthal, Geschäftsführer der Firma Rheindruck. Auf seine Mahnungen kommt keine Reaktion, statt dessen forderten die Kameruner im Dezember Weihnachtskarten an.

Gewieft rheinische Kaufleute bestehen längst auf Vorkasse – „Käsch op de Tisch“.

Das Auswärtige Amt ist meist machtlos. Es mahnt die Schulden in einer sogenannten Verbalnote an – in der Regel ohne Wirkung. In groben Fällen kann Außenminister Klaus Kinkel einen diplomatischen Schuldner zur „Persona non grata“ erklären und des Landes verweisen. Der Verkäufer hat davon nichts: Sein Geld ist erst recht verloren.

Erfolg hat das Auswärtige Amt höchstens mit kleinen Tricks: Wenn etwa ein neuer Botschafter nach Deutschland kommt, kann es die Akkreditierung verweigern, bis die Botschaft ihre Schulden bezahlt hat. Das Amt selbst springt auf keinen Fall ein, weder bei Käufen noch



Somalische Diplomatin Hosh: Streit um Sozialhilfe

bei Reparaturen oder Mieten. Unter Vermietern zirkuliert bereits eine schwarze Liste, einige haben säumige Diplomaten eigenhändig auf die Straße gesetzt.

In einem Fall von Selbstjustiz klagte die Staatsanwaltschaft einen Anwalt wegen Hausfriedensbruchs und Nötigung an. Das Amtsgericht Bonn urteilte im vergangenen Dezember, der Rauswurf eines Botschaftsrats aus Kamerun, der mit 27 000 Mark im Rückstand war, sei durch das Recht auf Selbsthilfe nicht gedeckt gewesen.

Den höchsten Schuldenberg in Bonn hat allerdings die Botschaft eines Staates angehäuft, der nicht gerade zu den ärmsten in Afrika zählt: Nach Angaben der Uniklinik Bonn steht allein Libyen mit rund 2,5 Millionen Mark bei ihr in der Pflicht. Die Libyer, so die Klinikleitung, weigerten sich, ihre Schulden zu bezahlen, weil sie wegen des Embargos der USA und der Vereinten Nationen kein Geld hätten. Die Botschaft erklärt, ein „Komitee“ kümmere sich um „den Fall“. Die Libyer bestreiten allerdings die Höhe der Schulden.

Die Klinik hat eine Art Aufnahme-stopp verhängt. „Erst mal“, sagt Finanz-

Bonn will für den Umzug nach Berlin nicht zahlen

chef Hartmut Wagner, „behandeln wir Libyer nur noch gegen Vorkasse.“

Unter dem schlechten Ruf zu leiden haben auch jene, die stets korrekt und pünktlich zahlen. „Malawi ist tiptopp“, sagt Makler Joachim Jaenicke, „trotzdem ist es schwer, Vermieter für das Botschaftspersonal zu finden.“ Und wenn, dann oft nur gegen Wucherpreise – bis zu 50 Mark pro Quadratmeter.

Die eigentliche Katastrophe steht den Afrikanern noch bevor: der Umzug des Bonner Diplomatentrosses in die Hauptstadt Berlin. „Innerhalb der afrikanischen Staaten reden wir immer wieder über den Umzug“, klagt Kameruns Botschafter Jean Melaga, „ohne Ergebnis – es fehlt schlicht das Geld.“ Er hofft auf die Hilfe der Bundesregierung.

Die wird es wohl nicht geben. Das Entwicklungshilfe-Ministerium bleibe in Bonn, argumentiert das Auswärtige Amt. Und mit dem hätten die betroffenen Länder am meisten zu tun. Also könnten auch sie weiter in Bonn residieren.

Für Melaga ein Unding: „Eine Botschaft muß dort sein, wo Präsident, Parlament und das Außenministerium sitzen.“ Bleibt Kinkel stur, könnte es demnächst zwei Klassen von Botschaften geben, die reichen in Berlin und die armen in Bonn. □